



## **Vorstoß des HDE ist eine Provokation Arbeitgeberverband im Einzelhandel verschärft Tarifkonflikt**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) reagiert empört auf den einseitigen Vorstoß für einen sogenannten „Orientierungsrahmen für freiwillige Entgelterhöhungen“ des Handelsverband Deutschland (HDE), der heute (6. Juli 2021) bekannt wurde. „Damit verschärft der HDE den Tarifkonflikt im Einzel- und Versandhandel und erschwert die ohnehin komplizierten Verhandlungen weiter“, so Orhan Akman, bei ver.di verantwortlich für den Einzel- und Versandhandel. „Mit diesem Versuch einer einseitigen Lohnfestsetzung zündelt der HDE in der laufenden Tarifrunde. Das ist eine klare Provokation der Arbeitnehmerseite durch den Arbeitgeberverband“, so Akman. Nur zwei Tage vor den für Donnerstag angesetzten Verhandlungen im größten Tarifbezirk Nordrhein-Westfalen mit einer solchen Ankündigung an die Öffentlichkeit zu gehen, zeige nur, dass der HDE kein Interesse an einem zügigen Tarifabschluss mit Realloohnerhöhungen habe. Stattdessen sollen die Beschäftigten billig abgespeist werden. Jedoch hätten zehntausende Beschäftigte in den vergangenen Wochen durch zahlreiche Streiks sehr deutlich gemacht, dass sie auf längst fällige Realloohnerhöhungen warteten. Der HDE solle daher die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen nicht unterschätzen.

Die vom HDE ins Spiel gebrachte Erhöhung der bisherigen Tarifröhne von 2 Prozent (nach mehreren Nullmonaten) bleibt noch hinter der für 2021 prognostizierten Inflationsrate zurück. Die Beschäftigten, die im vergangenen Jahr noch als Heldinnen und Helden gefeiert wurden, sollen nun für ihren Einsatz mit Reallohnverlusten bestraft werden. Und das, während zum Beispiel der Lebensmittel-Einzelhandel Umsatzsteigerungen von teilweise über acht Prozent verbuchen konnte. „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen, die Tag für Tag ihre Gesundheit auf Spiel gesetzt haben, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen“, sagte der Gewerkschafter. Eine Entgelterhöhung von 2 Prozent – und das bei einer geforderten Laufzeit von 36 Monaten – bedeute für die Beschäftigten eine Verschärfung der jetzt schon drohenden Einkommens- und Altersarmut.

Der HDE verstecke sich hinter der Pandemie, um eine „Differenzierung“ in den Tarifabschlüssen durchzusetzen. „Die Ausgaben, die die Beschäftigten zu schultern haben, differenzieren auch nicht nach Teilbranchen“, unterstreicht Akman. „Wenn Unternehmen wirklich in eine Krise geraten sind, haben wir in der Vergangenheit immer Lösungen gefunden. Dafür bieten die Tarifverträge auch in ihrer bisherigen Form ausreichend Spielraum. Was der HDE hier will, ist aber ein Wunsch-Dir-Was für die Unternehmer, das ist mit uns nicht zu machen!“ Der Arbeitgeberverband solle die Energie lieber in Lösungen investieren, anstatt immer neue Hürden aufzubauen. Es sei absurd zu versuchen, die wirtschaftlichen Probleme von Unternehmen auf diese Weise lösen zu wollen. „Tarifverträge regeln Arbeitsentgelte und nicht die wirtschaftliche Situation der Unternehmen!“

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Daniela Milutin  
ver.di-Bundesvorstand  
Paula-Thiede-Ufer 10  
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011  
und -1012

E-Mail:  
pressestelle@verdi.de